Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 152 (1986)

Heft: 9

Artikel: Die deutsche Bundeswehr : Armee ohne Beispiel

Autor: Kiessling, Günter

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-57243

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die deutsche Bundeswehr: Armee ohne Beispiel

Dr. Günter Kiessling, General a.D.

ERSCHLOSSEN EMDDOK
MF 3/98 / 1883

Armee ohne Beispiel? Das soll nicht etwa heissen, die deutsche Bundeswehr überträfe in ihrer Schlagkraft alles bisher Dagewesene. So ist es bestimmt nicht. Mit dieser Überschrift soll vielmehr zum Ausdruck gebracht werden, dass die für das Entstehen der Bundeswehr bestimmenden Faktoren, die politischen und geistigen Grundlagen, so aussergewöhnlich waren, dass man sie als beispiellos bezeichnen kann. Auch heute noch haftet der Existenz der westdeutschen Streitmacht dieses Einmalige an.

I. Der Anfang: ein Novum

Eine Armee für ein Bündnis

Der mit dem Schlagwort «Wirtschaftswunder» wohl zu eng umschriebene Wiederaufstieg der Deutschen im freien Teil ihres Vaterlandes, einem Phönix aus der Asche gleich, lässt mitunter die falsche Vorstellung aufkommen, mit dem erst wirtschaftlichen und dann politischen Comeback in die Arena der Weltpolitik hätten sich die Deutschen dann ganz natürlich auch wieder eine militärische Rüstung angelegt. Dem war nicht so; es gab überhaupt kein deutsches Streben nach Wiederbewaffnung. Diese wurde ihnen, den Deutschen, vielmehr durch die westlichen Besetzungsmächte, voran den USA, aufgedrängt, ja auferlegt; denn sie wurde als Gegenleistung für die Rückgabe der – wenn auch eingeschränkten – Souveränität an die Bundesrepublik gefordert. Hier zeigt sich der Wandel der westlichen Besetzungspolitik. War diese während der ersten Jahre durch das Ziel der Entmilitarisierung Deutschlands bestimmt, mit der Zeit abgeschwächt als Folge des zunehmenden Ost-West-Konflikts, so verkehrte sie sich mit dem Ausbruch des Korea-Krieges schliesslich ins Gegenteil: der Forderung eines westdeutschen Verteidigungsbeitrages für die westliche Allianz.

Das Kernproblem dieser westlichen Politik der deutschen Wiederbewaffnung bestand darin, zwei extreme Forderungen miteinander in Einklang zu bringen. Einerseits galt es, den deutschen militärischen Beitrag so stark wie nur möglich zu gestalten, um die offenkundige Unterlegenheit der westlichen konventionellen Streitkräfte gegenüber der sowjetischen Bedrohung auszugleichen. Andererseits wollte man der deutschen Wiederbewaffnung möglichst enge Grenzen ziehen, um die westeuropäischen Staaten, vor allem Frankreich, zu beschwichtigen; denn diese fürchteten das Wiedererstehen einer deutschen Militärmacht. Der Forderung nach einem möglichst starken deutschen Beitrag wurde entsprochen, indem man die Bundesrepublik zur Aufstellung von 12 Divisionen verpflichtete. Diese «zwölf deutschen Divisionen» wurden zum die damalige Diskussion beherrschenden Schlagwort. Damit wurde auch deutlich, dass

> ***... haben wir einen ausgeprägten Hang zur Bequemlichkeit entwickelt. Bei vielen Bürgern steht einem grossen Fleiss und Eifer in ihrer privaten Sphäre eine Distanz in den Angelegenheiten des Staates gegenüber. Dabei ist es doch ihr Staat, unser Staat. Er kann nicht besser sein als unsere Gesinnung über ihn und unsere Bereitschaft, uns für ihn, also nicht für etwas Fremdes, sondern für die Gemeinschaft von uns Bürgern einzusetzen.***
>
> ***(R. v. W.)***

ASMZ Editorial

30 Jahre deutsche Bundeswehr

Als einziges Land hat die Bundesrepublik Deutschland ihre gesamten Streitkräfte dem Nordatlantikpakt zur Verfügung gestellt – assigniert, wie es im umfangreichen und für den Aussenstehenden fast unverständlichen NATO-Vokabular heisst.

Nachdem die Bundeswehr in einem kontinuierlichen und konsequenten Aufbau erstaunlich rasch ***Einsatzfähigkeit*** *und* ***Kriegsgenügen erreicht*** *hat, ist sie indessen durchaus nicht von Sorgen befreit.*

Der Rückgang des Mannschaftsnachwuchses verursacht empfindliche Bestandesverluste. Das zwingt zur ***Erhöhung*** *der* ***Grundwehrdienstzeit*** *von fünfzehn auf achtzehn Monate und zur Verschärfung der Bestimmungen über die Behandlung von Wehrdienstverweigerern.*

Der stetigen ***Zunahme der Kriegsstärke*** *und der* ***Modernisierung der Streitkräfte*** *des* ***Warschauer Paktes*** *lässt sich nur begegnen durch Ausstattung der Truppe mit leistungsfähigen Waffen und Geräten, einem funktionssicheren und geschützten Führungssystem und hochwirksamer Munition. Mit qualifizierten Mitteln und entsprechendem Ausbildungsstand soll numerischer Überlegenheit begegnet werden.*

Das alles genügt aber nicht. Gute Truppe und entsprechende Kampfkraft sind erst wirksam, wenn sie im Dienste einer überzeugenden Strategie stehen und Funktion einer überlegenen taktisch-operativen Führung sind.

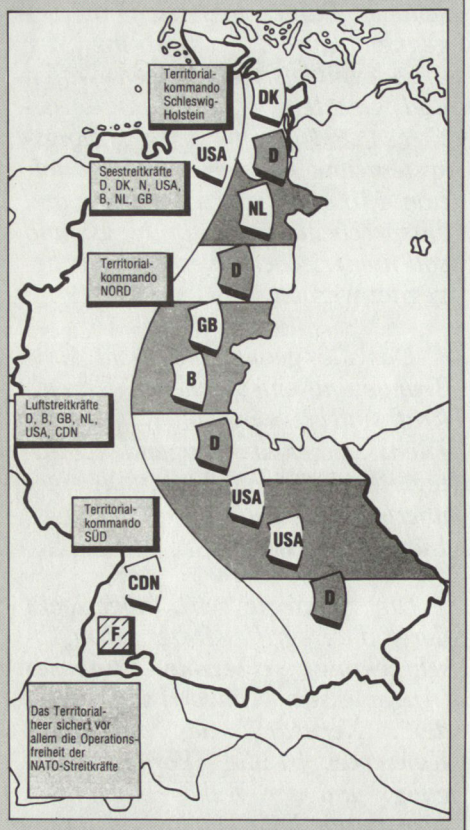
Die ***Strategie*** *wird abgesteckt durch die Begriffe* ***‹Deterrent›*** *(Abschreckung),* ***‹Flexible response›*** *(Angemessene Antwort) und* ***‹Triade›****. Kernstück des* ***operativen Konzeptes*** *ist die* ***‹Vorneverteidigung›*** *und der Wille, Tiefe nach vorn durch Fofa (Follow-on forces attack) und Heranführen operativer Reserven zu suchen. Die* ***Taktik*** *schliesslich ist gekennzeichnet*

*durch den ‹**Kampf der verbundenen Waffen**› im Rahmen einer beweglich geführten Verteidigung (was mit allerdings stärkerer Betonung der Komponente ‹Beweglichkeit› unserer Abwehr entspricht).*

*Dass auch die **kampfstarken Heimatschutzverbände** wichtige taktische Aufgaben im rückwärtigen Raum zu erfüllen haben, rundet das Bild des Einsatzkonzeptes ab: Ihre grossen Verbände sind eingebunden in ein organisches, vermaschtes System kollektiver militärischer Massnahmen zum Zwecke **kollektiver Sicherheit** im Bündnis.*

*Was für die Landstreitkräfte gilt, trifft auch für die Luftkriegsmittel und die Marine zu: Auch sie sind Teil **alliierter taktischer Luftflotten** beziehungsweise **gemischter schwimmender Kampfverbände** der NATO in Ostsee und Nordsee.*

In diesem Kontext sind die Streitkräfte unseres nördlichen Nachbarn zu betrachten und die Darstellungen über die deutsche Bundeswehr in diesem Heft zu verstehen. *fas*



** Dreiteiliger Verbund der interkontinentalen, der in Europa stationierten Nuklearwaffen und der konventionellen Streitkräfte der NATO.*

es den Westmächten bei dem geforderten deutschen Verteidigungsbeitrag vornehmlich um Landstreitkräfte ging; Marine und Luftwaffe waren von sekundärer Bedeutung. Der anderen Forderung, dem Sicherheitsbedürfnis der westeuropäischen Staaten zu entsprechen, kam man durch die vertragliche Einbeziehung der Bundesrepublik in die militärische Organisation der westlichen Allianz und die sich daraus ergebenden Kontrollmöglichkeiten nach. Zwar wurde die Bundesrepublik nach dem Scheitern der für sie diskriminierenden EVG-Lösung (Europäische Verteidigungsgemeinschaft) gleichberechtigtes Mitglied in der NATO; jedoch musste sie sich mit ihrer Mitgliedschaft in dem wiederbelebten Brüsseler Pakt zu bestimmten Rüstungsbegrenzungen, insbesondere zum Verzicht auf ABC-Waffen, verpflichten.

Aufbau aus dem Nichts

Auftrag, Struktur, Umfang, Bewaffnung und Ausrüstung waren somit vorgegeben. Wenn auch die Bundeswehr als eine Armee im Bündnis konzipiert war, sie ist dennoch eine nationale Armee. Das wird häufig verkannt oder verschwiegen.

Die NATO versteht sich als ein Bündnis souveräner Nationen. Anders als die Europäische Gemeinschaft ist es nicht auf Überwindung der Nationalstaaten angelegt, sondern auf deren Schutz und Bewahrung. Es gibt keine NATO-Soldaten, sondern nur Soldaten der jeweiligen Nation, welche dem Bündnis unterstellt werden. Allein nach den Gesetzen ihrer Nation werden sie einberufen, ausgebildet, besoldet und befördert. Nur auf Befehl ihrer Nation treten sie in den Dienst der NATO und werden wieder zurückbeordert.

So lag die Aufstellung der Bundeswehr ausschliesslich in deutscher Zuständigkeit. Diese Aufgabe beinhaltete gleichermassen ein organisatorisches wie ein geistiges Problem. Zehn Jahre waren seit der Kapitulation und der folgenden Auflösung der deutschen Wehrmacht vergangen. Nun galt es, aus dem Nichts heraus neue deutsche Streitkräfte aufzustellen. Selbst die jüngsten Offiziere und Unteroffiziere der Wehrmacht waren inzwischen 30 Jahre alt, also allenfalls für eine Übergangszeit in ihrem Dienstgrad entsprechenden Funktionen zu verwenden; und auch das erst nach vorheriger Ausbildung an für sie neuen (alten US-) Waffen und Geräten. An diesem Beispiel mag deutlich werden, welche Probleme ein zehnjähriges Vakuum in der Militärgeschichte einer Nation aufwirft. Es fehlte einfach an allem; an gesetzlichen Grundlagen wie an organisatorischen Voraussetzungen, an qualifiziertem Personal, an Kasernen und Übungsplätzen, an Waffen und Ausrüstung. Vor allem aber fehlte es an den geistigen Voraussetzungen für eine Wiederbewaffnung, nämlich an der Bereitschaft zum Wehrdienst.

Der Missbrauch des Soldaten durch eine verantwortungslose Führung, das Chaos des Zusammenbruchs von 1945, aber auch die völkerrechtswidrigen – häufig von Rache bestimmten – Massnahmen der Siegermächte gegen deutsche Soldaten wirkten auf die deutsche Bevölkerung stärker als die offenkundige Bedrohung. Die überwiegende Mehrheit stand einer Wiederbewaffnung ablehnend gegenüber; das manifestierte sich in der sogenannten «Ohne-Mich-Bewegung». Wenn es dennoch innerhalb kurzer Zeit zu einer geistigen Wende und damit zu weitgehender Zustimmung kam, so ist dies einer äusserst geschickten Politik Konrad Adenauers zuzuschreiben. Von der sowjetischen Bedrohung brauchte er die Deutschen nicht zu überzeugen. Aber es gelang ihm, sie für die Westbindung zu gewinnen, ja zu begeistern. Jedoch wurde diese nicht als eine Absage an die deutsche Einheit verstanden, sondern als ein Umweg zu diesem übergeordneten Ziel deutscher Politik. Nur durch einen Verteidigungsbeitrag konnte die Bundesrepublik zum – nahezu – gleichberechtigten Partner im westlichen Bündnis werden und dessen Unterstützung für seine nationalen Ziele erlangen.

Armee in der Demokratie

Nicht so entscheidend wie die Westbindung, aber dennoch von grosser Bedeutung für die Zustimmung zur Wiederbewaffnung war das die grundlegende Konzeption für eine «Armee in der Demokratie». Dies war allein Sache der Bundesrepublik, die völlig frei war hinsichtlich der Gestaltung der inneren Ordnung ihrer neuen Streitkräfte: Wehrsystem, politische Kontrolle, soldatische Ordnung. Die Verpflichtung zu einem Umfang von 500 000 Mann schloss eine Freiwilligen-Armee von vornherein aus. Aber auch das vor allem von der politischen Linken gefürchtete Wiedererstehen eines «Staates im Staate» – wie man die Reichswehr der Weimarer Republik etikettierte – sprach gegen diese Lösung.

Gegen ein Milizsystem sprach allein schon die von der NATO geforderte Präsenz. Deshalb entschied man sich für eine Wehrpflichtarmee, wenn auch

mit einem hohen Anteil von Freiwilligen, der sich auf etwa 50 Prozent einpendelte.

Kein Zweifel bestand darüber, dass die Bundeswehr unter dem Primat der Politik in das staatliche Gefüge einzuordnen war. Dies fand seinen Ausdruck in der Errichtung eines Bundesministeriums für Verteidigung mit einem politisch verantwortlichen Minister an der Spitze. Entgegen der internationalen Gepflogenheit wurde die Befehls- und Kommandogewalt nicht dem Staatsoberhaupt zugeordnet, sondern dem Verteidigungsminister; im Verteidigungsfall geht sie auf den Bundeskanzler über.

Manche Vorbehalte der Deutschen selbst gegen das Militär entsprangen der in der Vergangenheit dem militärischen Vorgesetzten zugestandenen Machtbefugnis, die mitunter zu Missbrauch und Übergriffen verleitet hatte, zumal es an einer umfassenden Kontrolle fehlte. Diese im früheren Obrigkeitsstaat begründete Gepflogenheit galt es durch eine der demokratischen Industriegesellschaft entsprechende soldatische Ordnung zu ersetzen. Dazu wurde das Konzept der «Inneren Führung» entwickelt, bestimmt durch ein Leitbild des «Staatsbürgers in Uniform». Danach soll der Soldat auch während seines Wehrdienstes seine staatsbürgerlichen Rechte und Freiheiten behalten, so weit sie nicht durch die Erfordernisse des militärischen Dienstes ausdrücklich eingeschränkt werden. Um die Einhaltung dieser Grundsätze zu überwachen, wurde eine verfassungsrechtliche Instanz geschaffen: der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages.

Die Aufstellung der Bundeswehr vollzog sich unter grossem Zeitdruck. Die politische Führung wollte den deutschen Beitrag bei ihren Bündnispartnern vorzeigen können. Deshalb lautete die Parole «Aufstellung geht vor Ausbildung». Das blieb nicht ohne Folgen für das innere Gefüge; für geistige Führung hatte man kaum Zeit.

Armee im geteilten Land

Der westdeutsche Staat Bundesrepublik wie seine Bundeswehr sind Folgen der gewaltsamen deutschen Teilung. Ihr Selbstverständnis wird deshalb weitgehend durch diese Tatsache bestimmt. Wie sich die Bundesrepublik als deutscher Teilstaat versteht, dessen Staatsfundamentalzweck – wie in der Präambel des Grundgesetzes festgeschrieben – die Wiederherstellung der deutschen Einheit ist, so ist auch ihre Bundeswehr zu mehr verpflichtet als «der Bundesrepublik treu zu dienen», nämlich «das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen». Das sind die beiden Komponenten der gesetzlich festgelegten Grundpflicht des Soldaten. Der Blick des Soldaten und seine innere Bindung sind also weiter gerichtet, über die Bundesrepublik hinaus. Unschwer ist die Problematik und der damit verbundene Konflikt zu erkennen.

Aber das ist nun einmal das Schicksal einer geteilten Nation und seiner in gegenüberstehenden Bündnissystemen integrierten Soldaten. Wie die Bundesrepublik, so steht auch ihre bewaffnete Macht im Spannungsverhältnis zwischen Bündnis und Nation.

Garantie statt Strategie

Für Staat und Gesellschaft war mit der Aufstellung der Bundeswehr die Forderung der früheren Besetzungsmächte nach einem deutschen Verteidigungsbeitrag erfüllt. Sie erlangte damit die erstrebte Souveränität, die Garantie der sich in Schutzmächte verwandelnden bisherigen Besetzungsmächte und deren Zusage, das deutsche Streben nach Wiedervereinigung zu unterstützen. Wie, das heisst mit welcher Strategie man der sowjetischen Bedrohung begegnen sollte, das interessierte die deutsche Öffentlichkeit kaum. Sie begnügte sich mit der westlichen Garantie. Natürlich war diese Abstinenz von der Strategie auch dadurch bedingt, dass der deutsche Verteidigungsbeitrag anfangs nur von politischer Bedeutung war und erst mit fortschreitender Aufstellung der Bundeswehr auch militärisches Gewicht erhielt, welches zugleich die politische Rolle der Bundesrepublik in der westlichen Gemeinschaft erheblich stärkte.

II. Nach 30 Jahren: Die Probleme sind die alten

Mehr als drei Jahrzehnte sind seitdem vergangen. Als die Bundeswehr im Herbst letzten Jahres ihr 30jähriges Bestehen feierte, sind militärische Leistung und politische Bedeutung hinreichend gewürdigt worden. Im Rahmen dieses Aufsatzes soll der Blick stärker auf die unbestreitbaren Probleme und Mängel dieser Armee ohne Beispiel gerichtet werden. Dabei wird deutlich werden: Die Probleme der Bundeswehr von 1986 sind die alten, sie stammen von damals.

Armee im Bündnis

Der politischen Forderung entsprechend, ist die Bundeswehr eine Armee im Bündnis geworden. Ihr Auftrag ist, im Rahmen des atlantischen Bündnisses durch Abschreckung den Frieden zu erhalten, in Krisen die politische Handlungsfreiheit der Bundesregierung zu sichern und im Verteidigungsfall gemeinsam mit den verbündeten Streitkräften in einer integrierten Vorneverteidigung den Abwehrkampf zu führen. Dazu bedurfte es der Integration in das Bündnis. Was Integration in der NATO bedeutet, darüber bestehen weitgehend Unklarheiten, selbst unter verantwortlichen Politikern und Soldaten. Im ersten Teil dieses Aufsatzes wurde bereits hervorgehoben, dass die NATO sich als ein Bündnis souveräner Nationen versteht und nicht auf Überwindung der Nationalstaaten abzielt. Folglich sind weder ihre politische Führungsspitze – der NATO-Rat – integriert noch die militärische – der Militärausschuss. Aber auch die der NATO zur Verfügung gestellten Truppen kann man nicht als integriert bezeichnen, es sind im allgemeinen nationale Korps. Im strengen Sinne besteht die Integration lediglich in den NATO-Kommandos oberhalb der Korps. Was damit erreicht wurde, ist dennoch beachtlich, wenn man es an der Geschichte der Koalitionskriegführung in den beiden Weltkriegen misst.

Will man den Grad der Integration der NATO – im weiteren Sinne, das heisst der Zusammenarbeit im Bündnis – heute beurteilen, dann muss man nach dem Anteil der dem Bündnis zur Verfügung gestellten Streitkräfte fragen.

Hier ist die Bundesrepublik sicher der Musterknabe im Bündnis. Sie hat alle verfügbaren Truppen der NATO assigniert. Was unter nationalem Kommando verbleibt, dient allein der Unterstützung der verbündeten Streitkräfte.

Dem gewichtigen deutschen Beitrag für die gemeinsame Verteidigung sollte auch ihr Einfluss auf die Führung im Bündnis entsprechen. Das spiegelt sich nicht im NATO-Rat und im Militärausschuss wider, wo alle Mitgliedstaaten gleichberechtigt vertreten sind. Auf den nationalen Anteil in der militärischen Kommandostruktur kommt es an, insbesondere auf die Spitzenstellen. Natürlich konnte die Bundeswehr nur nach und nach Stellen in diesen Führungsstäben erhalten und besetzen. Aber bis heute entspricht das nicht ihrem bedeutenden Beitrag. Von Zeit zu Zeit ist das Problem öffentlich diskutiert worden; dann wurde den Deutschen die eine oder andere Stelle offeriert. Aber zumeist handelte es sich um einflusslose Stellvertreterposten. Jedermann weiss, dass die eigentliche Macht bei den Befehlshabern und de-

ren Stabschefs liegt. So verständlich das Streben nach nationalem Einfluss ist, in einer Bündnisarmee kommt es in erster Linie auf gegenseitiges Vertrauen an. Deshalb sollten niemals Befehlshaber und Chef des Stabes derselben Nation angehören.

Mag es im Verlauf der vergangenen 30 Jahre in den integrierten Stäben hier und da noch Vorbehalte gegenüber deutschen Offizieren wegen ihrer früheren Zugehörigkeit zur Wehrmacht gegeben haben, diese Zeit ist endgültig vorbei. Es kann kein Argument mehr gegen einen angemessenen deutschen Anteil an der Führung im Bündnis geben.

Gab es eine Gnade des Nullpunktes?

Unter der Last geradezu erdrückender Probleme beim Aufbau der Bundeswehr suchte man sich damit zu trösten, die Chance in der fehlenden Bindung an herkömmliche Ordnungen zu betonen und dieses als «Gnade des Nullpunktes» zu preisen. Übereifrige wollten alles und jedes neu gestalten – von der Uniform bis zur Ausbildung –; nur von dem einen Ziel beseelt, sich von der Wehrmacht zu distanzieren. Gerade die ehemaligen Gegner, nun hilfreiche Verbündete, betrachteten dieses Unterfangen kopfschüttelnd. Was sie wollten, das war eben eine Neuauflage der ob ihrer militärischen Leistungen von aller Welt anerkannten Wehrmacht, nur erfüllt von einem anderen Geist. War das überhaupt möglich? Die Offiziere der neuen Bundeswehr stammten fast ausnahmslos aus der Wehrmacht, waren durch sie geprägt. Doch ganz verschieden gestaltete sich ihr Lebensweg nach 1945. Die einen kehrten erst nach zehnjähriger sowjetischer Gefangenschaft zurück, andere hatten gleich nach Kriegsende am Aufbau eines demokratischen Staates mitgewirkt. Zwischen diesen beiden Polen lagen eine Fülle verschiedener Schicksale. So verschiedene Menschen zu einem neuen Offizierskorps zusammenzuführen, das war eine Aufgabe, wie sie wohl nie zuvor einer militärischen Führung gestellt war. Man darf sagen, dass dies trotz mancher Widrigkeiten weitgehend gelungen ist. Der Erfolg zeigte sich vor allem darin, dass diese früheren Wehrmachtoffiziere ein vorzüglich ausgebildetes, hoch qualifiziertes Korps der Nachkriegsoffiziere geschaffen haben, welches seit zehn Jahren zunehmend die Führung der Bundeswehr übernommen hat.

Dennoch, als eine Gnade wurde dieser Nullpunkt nicht empfunden; es war mehr ein Schlagwort des Spottes. Ungelöst blieb bis heute die Traditionsfrage; trotz wiederholten Bemühungen, dieses Problem auf dem Verordnungswege zu regeln; vielleicht gerade deshalb schwelt es weiter. Im Kern ging und geht es dabei um das Verhältnis zur Wehrmacht.

Hier hat es der Bundeswehr immer an geistiger Führung gefehlt. Man scheute die unvermeidbare Auseinandersetzung und klammerte das Problem aus. Geradezu peinlich wirkten die Versuche, sich durch krampfhafte Suche nach «eigener» Tradition aus der Vergangenheit davonzustehlen. Letztlich ging und geht es doch darum, ob es militärische Tugenden losgelöst von der politischen Zielsetzung gibt. Wer wollte denn bestreiten, dass unter den Erstürmern des Berliner Reichstagsgebäudes auch tapfere Rotarmisten waren? Nicht die unbestreitbaren Leistungen unserer Väter sollten wir verdammen, sondern mangelndes politisches Bewusstsein und Verantwortungslosigkeit, insbesondere höherer Militärs.

Umstritten geblieben ist auch die Innere Führung

Darin liegt eine gewisse Tragik. Anders als bei den mit der Gnade des Nullpunktes begründeten Änderungen um des Ändernswillens, zielte die Innere Führung darauf ab, der Bundeswehr ein den veränderten Bedingungen entsprechendes Konzept für die soldatische Menschenführung zu vermitteln. Niemand konnte ernsthaft beabsichtigen, einfach wieder da zu beginnen, wo man 1945 aufgehört hatte. Die politischen und technischen Bedingungen hatten sich grundlegend verändert. Dem galt es auch in der Menschenführung Rechnung zu tragen. Das anfangs von vielen alten Soldaten abgelehnte, zumindest argwöhnisch betrachtete Konzept der Inneren Führung fand im Laufe der Jahre immer mehr Zustimmung. Nicht nur zunehmende Einsicht in die veränderte Lage war dafür massgebend, auch die Anpassung des Konzeptes an die militärischen Erfordernisse.

Heute ist die Innere Führung mehr ein Thema in der Öffentlichkeit, denn in der Bundeswehr. Die immer wieder aufkommende Diskussion wird nicht zuletzt durch den unglücklichen Begriff verursacht, der viele Unkundige vermuten lässt, dass es eine innere und äussere Führung gäbe und folglich auch «innere» und «äussere» Führer. Gerade das wollten die Schöpfer des Konzeptes nicht. Unbeirrt hält die Bundeswehr an dem Grundsatz der Einheit der Führung fest.

Zwischen Bündnis und Nation

Die Bundeswehr im Bündnis ist und bleibt eine nationale Armee. Wie die Bundesrepublik, so steht auch sie im dauernden Spannungsverhältnis zwischen Bündnis und Nation.

Als nach dem Zweiten Weltkrieg unter dem Eindruck der unseligen Vergangenheit, wirtschaftlicher Not und sowjetischer Bedrohung die Idee eines Zusammenschlusses der westeuropäischen Staaten um sich griff, da folgten die Westdeutschen ihr mit Begeisterung. Doch immer war man sich der Verantwortung für die Deutschen in der sowjetisch besetzten Zone bewusst. Dieser Vorbehalt floss in alle vertraglichen Vereinbarungen ein. Schon bald zeigte sich, dass keine Nation bereit war, wirkliche Beschränkungen ihrer Souveränität hinzunehmen, schon gar nicht diese aufzugeben. Am nachhaltigsten war diese Weigerung, wenn es um die Streitkräfte ging. Das Scheitern der EVG brachte die Stunde der Wahrheit.

Die NATO war von vornherein als ein Bündnis souveräner Staaten konzipiert. In diesem Rahmen hat sich die Zusammenarbeit verbündeter Nationen äusserst fruchtbar gestaltet. Nicht nur zwischen Truppenteilen sind enge Beziehungen entstanden, auch persönliche Bande wurden geknüpft. Eine halbe Million Soldaten verbündeter Streitkräfte sind in der Bundesrepublik stationiert, um für die Vorneverteidigung verfügbar zu sein. Stärker noch als sie sind sich die Soldaten der Bundeswehr der Tragik bewusst, die ein möglicher Krieg mit sich bringen würde. Für die Deutschen wäre es unvermeidbar ein Bruderkrieg.

Jetzt geht es um die Strategie

Hatte die deutsche Öffentlichkeit in den fünfziger und sechziger Jahren von strategischen Fragen kaum Notiz genommen, so ist das Interesse daran in den siebziger Jahren aufgebrochen und mit der Nachrüstungsdebatte schliesslich zum geradezu beherrschenden Thema geworden. Mit Erschrecken wurde man sich bewusst, dass die Strategie der Flexiblen Reaktion nicht nur aus «Abschreckung» besteht, sondern die Fähigkeit und den Willen zur Verteidigung bedingt. Dass auch Verteidigung Krieg ist, wird zu gern verschwiegen. Wie überhaupt die Erörterung von Fragen der Verteidigung unter mangelnder Klarheit der Begriffe leidet.

Wenn auch eine zunehmende Nei-

gung besteht, die sowjetische Bedrohung herunterzuspielen, von der Mehrheit wird sie immer noch empfunden und auch in der sowjetischen Überlegenheit an konventionellen Kräften verstanden. Dass dieser Bedrohung nur mit der Androhung eines Ersteinsatzes atomarer Waffen begegnet werden kann, das wird immer weniger akzeptiert. Immer stärker wird die Zahl derjenigen, welche diese atomare Strategie mit dem Argument ablehnen, sie würde das zerstören, was verteidigt werden soll. Der naheliegende Ausweg, die eigene konventionelle Rüstung angemessen zu verstärken, wird gar nicht ernsthaft erörtert. Zu schnell flüchtet man zu der Entschuldigung, das könnten wir uns nicht leisten. Auch die beiden grossen Kirchen haben sich in die Strategiediskussion eingeschaltet. Wenn auch in Nuancen unterschiedlich, so sind sie sich doch darin einig, die geltende atomare Strategie nur noch für eine Übergangszeit zu rechtfertigen. Selbst die Regierung hat erklärt: Auf die Dauer sei die Sicherung des Friedens nicht allein mit militärischen Mitteln möglich.

Also bleibt nur die politische Lösung der Entspannung. Wird die mit einem Gegner zu erreichen sein, dem das Nachlassen der westlichen Verteidigungsbereitschaft nicht verborgen bleibt?

Nein, wir brauchen eine neue Strategie. ■

Bücher und Autoren:

Bedrohte Schweiz. Die deutschen Operationsplanungen gegen die Schweiz im Sommer/Herbst 1940 und die Abwehrbereitschaft der Armee im Oktober 1940.

Von Werner Roesch. 96 Seiten mit zahlreichen Karten, schematischen Darstellungen, einer Faltkarte, Anmerkungen und Literaturverzeichnis. ASMZ-Schriften, Verlag Huber & Co. AG, Frauenfeld, 1986. Fr. 34.–.

Der Autor, Generalstabsoffizier und Historiker, untersucht im ersten Teil seiner sorgfältigen Studie die Entwicklung der deutschen Operationsplanungen gegen die Schweiz. Noch während des Frankreichfeldzuges entstand ein erster Plan, wobei sich nicht mehr eindeutig eruieren lässt, von wem der Anstoss dazu ausging. Roesch arbeitet die Planungen des Heeres einerseits, des Wehrmachtsstabes andererseits umfassend auf und dokumentiert die Entwicklungslinien bis hin zum ernst zu nehmenden Operationsentwurf «Tannenbaum» der HGrC vom Oktober 1940. Die Hauptziele dieser Planungen waren klar: Verhindern eines Gebirgskrieges und der Zerstörung von Brücken, Tunnels usw., rasche Einnahme der grossen Städte und Industrieballungen. Ernüchtern muss dabei die Präzision der Informationen, welche den deutschen Planern zur Verfügung standen, was auf die Dimensionen der nachrichtendienstlichen Tätigkeit in der Schweiz schon vor mehr als vierzig Jahren Rückschlüsse erlaubt. Im zweiten Teil der vorliegenden Arbeit wird die Abwehrbereitschaft der Armee als eines Volksheeres untersucht. Trotz geglücktem Übergang zur Kriegswirtschaft machte sich aufgrund der gesamteuropäischen Lage, der wankelmütigen Rede Pilet-Golaz' und der für weite Kreise der Bevölkerung überraschenden Änderung der operativen Pläne (Réduit-Gedanke) Entmutigung breit. Erst Guisans Rütlirapport sorgte für die Wende in Volk und Armee. Diese Konstellation durchleuchtet Roesch umfassend und mit kritischem Sachverstand. Robin Willi

Leopard 2
Ein Spitzenprodukt deutscher Waffentechnik.

Von M. Scheibert und W. Schneider, 48 S., Reihe: Waffenarsenal, Bd. 98, Podzun-Pallas-Verlag, D-6360 Friedberg 3, 1986, Fr. 8.50.

Das mit vielen zum Teil ungewohnten Aussen-, Innen-, Spezialaufnahmen und technischen Zeichnungen versehene Heft (Breitformat 28×21 cm) stellt für den Fachmann, den Ausbilder wie auch für den sonstwie Interessierten ein unentbehrliches Dokumentations- und Informationsmittel dar. fas

Stahlbauten/Hochregallager
Fenster und Fassaden
Transport- und Lagertechnik

Tuchschmid

Tuchschmid AG
CH-8500 Frauenfeld
Kehlhofstrasse 54
Telefon 054 26 11 11
Telex tuag 7 64 63
Telefax 054 22 28 38

Unsere Produkte
- Stahlbauten
- Hochregallager
- Brücken und Passarellen
- Spezialkonstruktionen
- Fenster und Fassaden
- Holz-Metall-Fenster
- Oberlichter
- Verglasungen
- TRANSLIFT-Wechselgeräte und Transporteinrichtungen

Sie liegen «goldrichtig» mit dem Original
E·A·R
Gehörschutzpfropfen!

Der «Gelbe», so wie ihn der Wehrmann kennt.

unico
Unico Graber AG
Stöckackerstrasse 30
CH-4142 Münchenstein
Telefon 061 46 76 96

E·A·R division
Cabot Safety Ltd.

Unico Graber SA
8, route des Acacias
CH-1211 Genève 24
Téléphone 022 43 87 40
unico